Provinz Brandenburg

des Verfassungsstaat Preußen

Die Nachfahren der Angehörigen

der ethnischen Minderheit

aus dem Volke der Preußen

**17.11.2017**

**Betrifft; Unser ignoriertes Hilfeersuchen an Ihren obersten Dienstherren und die Anfrage Ihrer Bereitwilligkeit der Hilfeleistung für die deutschen Völker**

Sehr geehrte Religionsführer für den Dienstbereich Deutschland,

um Irritationen und Mißverständnisse zu vermeiden, ist es erforderlich Ihnen mitzuteilen, daß wir nicht mehr die nationalsozialistische deutsche Staatsangehörigkeit besitzen und seit dem die Rechte unserer Ahnen, Friedensvertrag und Verfassung einfordern.

Auf Grund der täglichen politischen Verfolgung, Schikane, Existenzvernichtung, Folter und Vergewaltigung durch den Recht und Verwaltungsnachfolger des 3. Reich, geht es uns wie den Juden ab 1933 und deshalb werden wir unsere Identitäten nicht veröffentlichen. Bei Bedarf können Sie uns über unsere E-Post kontaktieren. Deshalb nachfolgend für die Deutschen Leser dieses Briefes unser Rechtstand, den ausländischen Lesern sind die Zusammenhänge bekannt.

**Unser Rechtstand:**

Sollten Sie der Recht(s)vermutung unterliegen, daß wir in der juristischen Person=tote Sache=Firma (§ 28 PAuswV) handeln möchten und Deutsche nach Art.116/1 mit deutscher Staatsangehörigkeit vom 5.2.1934, und Staatenlose (Übereinkommen über die Rechtsstellung von Staatenlosen vom 28.9.1954) sind, dann widersprechen wir dieser diskriminierenden Annahme auf das entschiedenste.

Wir haben nachweislich dokumentarisch unseren Austritt aus der faschistischen deutschen Staatsangehörigkeit (5.2.1934) nach § 18 u.ff. StAG beantragt, doch diese Entnazifizierung und die Ausstellung der Urkunde (Urkundenunterdrückung, StGB), wird uns bis heute von der Verwaltung des BUNDes verweigert.

Denn das StAG der BRD beruft sich unter Täuschung auf das RuStAG von 1913, in welchem steht: „Deutscher ist, wer die Staatsangehörigkeit in einem BUNDESSTAAT besitzt“. Demzufolge z.B. Preußen. Dem entgegen bezieht sich die Staatsangehörigkeit der BRD aber auf die illegale (Urteil des Tribunal General in Rastatt vom 06.01.1947) deutsche Staatsangehörigkeit des 3. Reich vom 05.02.1934 aus der Verordnung zum Gesetz zur Neuordnung des Reiches.

Nach Cestui Que Vie Act von 1666 haben wir uns nach kanonischem Recht, welches die Grundlage jeglichem europäischen Rechts darstellt, beim Vatikan unter Zeugen lebend gemeldet und deshalb wird unser Familienname in Sperrschrift geschrieben, um diese Unterscheidung klar zu dokumentieren.

Aus dieser Erkenntnis ist unumdeutbar herzuleiten, daß wir nicht mehr zum Eigentum des BUNDes (Artikel 133 Grundgesetz für die BRD) gehören, denn wir haben auf die Rechte und Pflichten der juristischen Person, Sache nach § 28 PAuswV, verzichtet.

Denn beschwerdefähig ist nur wer Träger von Grundrechten ist ( BVerfGE 129.78) Grundrechte dienen der Freiheitssphäre des einzelnen Menschen als natürliche Person gegen staatliche Gewalt (BVerfGE 15.256.21.262.59.231.61.82).

Zwangsmitgliedschaften sind in jedweden Vereinigungen unzulässig , Allgemeine Erklärung der Menschenrechte AEMR Art.20 Satz 2, Anerkenntnis der BRD durch Art. 25 Grundgesetz

Die öffentlich gewordenen 12 BAR Vermutungen, in Bezug auf die natürliche Person, weisen wir entschieden und widerlegt zurück.

Das ist ein öffentliches Schreiben mit entsprechend öffentlicher Erklärung und unterliegt keinem Privatrecht.

Wir haben eine Willenserklärung zur Anerkenntnis des Grundgesetz für die BRD geleistet und ziehen unsere Legitimation aus dem Art. 20 Abs. 4 des Grundgesetz für die BRD (Juristische Definition: Gesetz zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung in einem besetztem Gebiet).

Wenn wir das Grundgesetz der BRD nennen, definieren wir damit immer, das letzte für dieses Territorium gültige oberste Gesetz in seiner legitimen von den Siegermächten gemachten Fassung von 1949. Welches wir durch unsere veröffentlichte Willenserklärung, auf Grund der darin enthaltenen Gewährleistung unserer unveräußerlichen Geburts-, Grund, und Menschenrechte anerkennen.([http://provinz-brandenburg.org/](http://provinz-brandenburg.org/%22%20%5Ct%20%22_blank))

Durch unsere Geburtsrechte haben wir entsprechend § 1 RuStaG von 1913, und Grundgesetz für die BRD, Art. 116/2 mit entgegengesetztem Willen zur deutschen Staatsangehörigkeit vom 05.02.1934 und Art.146 das Recht auf einen Verfassungsstaat, die preußische Staatsangehörigkeit des letzten legitimen preußischen Staates mit seiner Verfassung vom 30. November 1920. Aus dieser Rechtebene ziehen wir unsere Rechte und Pflichten als natürliche Person. Dieser Verfassungsstaat wurde rechtwidrig zerstört, um das 3. Reich zu installieren, welches dokumentarisch nachweislich, bis heute fortgeführt wird (ZDF Nachrichten vom 03.02.2012 Urteil internationaler Gerichtshof, BRD Dokumente mit Wasserzeichenadler des 3. Reich, faschistische deutsche Staatsangehörigkeit).

**Zur Angelegenheit**

Wir Preußen aus Brandenburg haben Ihren obersten Dienstherren, den geschäftsführenden Papst Franziskus angeschrieben und um Hilfe ersucht, uns zu unterstützen, wenn wir täglich unsere Geburts-, Menschen- und Verfassungsstaatsrechte und die Forderung nach einem Friedensvertrag und Verfassungsstaat, vor Gott, dem BUND und den Menschen einfordern. (Siehe unsere Veröffentlichung <http://provinz-brandenburg.org/>)

Leider wurden diese Bitten bis heute ignoriert.

Sie erheben durch die verschiedenen Religionen, welchen Sie angehören, den Anspruch die Hirten der Lämmer Deutschlands zu sein. In diesem Zusammenhang sei die Frage erlaubt, was ist ein guter Hirte ? Steht das Wohl der Lämmer an erster Stelle ?

Der Schafhirte ist auch sehr um das Wohl seiner Schafe besorgt, denn er hat daraus einen Nutzen, wenn sie immer wieder geschoren werden und er hat einen Nutzen, wenn sie geschlachtet werden.

Wenn wir in die Geschichte der deutschen Völker schauen, dann wurden diese in allen Zeiten geschoren, mal mehr und mal weniger, Vertreter der Religionen waren immer daran beteiligt. Das große Schlachten der deutschen Lämmer im 1. und 2. Weltkrieg, wurde von den Religionsvertretern nicht verhindert. Die Christianisierung unter Karl und den 30 und 7 Jährigen Krieg, zur Auslöschung der Protestanten wollen wir hier nicht thematisieren. Obwohl die Frage in diesem Zusammenhang ans Licht drängt, warum hat Papst Benedikt XV. 1918 gesagt; Luther hat den (Aufklärungs) Krieg verloren?

Mit großer Besorgnis mußten wir feststellen, daß der legitime Verfassungsstaat Preußen illegal von Franz von Papen am 20. Juli 1932 beseitigt wurde. Danach erst konnte sich Hitler der gesamten deutschen Völker bemächtigen. Franz von Papen organisierte dann die Anerkennung des illegal (Urteil Tribunal General Rastatt vom 06. Januar 1947) zustande gekommenen 3. Reiches durch den Vatikan und erhielt dafür eine besondere Auszeichnung durch den Papst.

Auch die Beseitigung des Verfassungsstaat DDR wäre ohne den Vatikan undenkbar. Formaljuristisch wurde auch die BRD aufgelößt und bei der UN abgemeldet, zum Zwecke der Gründung des Wiedervereinigten Deutschlands. Auch Ihnen wird aufgefallen sein, daß es kein Wiedervereintes Deutschland gibt. Das Bundesverfassungsgericht hat zur Bestätigung dieser Fakten ein Urteil erlassen.

Wir vermissen Ihre Aufarbeitung und Veröffentlichung der geschichtlichen Zusammenhänge,

Der BUND, welcher in die Rechte und Pflichten der Verwaltung des vereinigten Wirtschaftsgebietes eingesetzt wurde, führt unter Täuschung der deutschen Bevölkerung die BRD weiter. Im Handbuch zum Umgang mit Reichsbürgern, geschrieben von einem Verein DEMOS in Zusammenarbeit mit der Antifa, in Auftrag gegeben vom Staats und Verfassungsschutz, welche seit 70 Jahren nachweislich verhindern, daß auf deutschem Boden eine Verfassung und ein Staat entsteht, ist auf Seite 112 zu lesen, daß die BRD die DDR friedlich annektieren kann.

Wir vermissen Ihr Einschreiten gegen die Beseitigung der freiheitlich demokratischen Grundordnung.

Entsprechend dem Urteil des internationalen Gerichtshof vom 03. Februar 2012 ist die BRD der Recht und Verwaltungsnachfolger des 3. Reich. Veröffentlicht im Territorium durch die ZDF Nachrichten vom gleichen Tag. Der Faschismus des 3. Reich wird nachweislich weitergeführt und die deutschen Völker als Faschisten gehalten, nachweislich ihrer zwangsweisen illegalen deutschen Staatsangehörigkeit vom 05. Februar 1934 und den dazugehörigen BRD Dokumenten mit 14 federflügligem 3. Reichsadler als Wasserzeichen.

Damit ist die Forderung nach einem Friedensvertrag unmöglich, denn dann hätte man sich den 2. Weltkrieg zur Vernichtung der Faschisten ersparen können.

Wir vermissen Ihren Kampf gegen den Faschismus auf deutschem Boden.

Die Deutschen werden nachweislich ihrer Ausweise als juristische Personen=Sachen, NAME statt Familienname, nicht wie gesetzlich gefordert, im Verwaltungskonstrukt BRD/BUND geführt. Als Sachen haben sie keine Menschen und Grundrechte. Nur alle 4 Jahre zur Wahl, erhalten sie eine Wahlkarte, auf der Familienname eingetragen ist. Denn Sachen haben keine Stimme und können diese nicht in eine Urne abgeben.

Wir vermissen Ihre Distanzierung von der BRD/BUND, welche den Faschismus des 3. Reich fortführen und den deutschen Einwohnern die Menschenrechte entzogen haben.

Ihnen ist es untersagt, wie es vor dem 3. Reich üblich war, die Predigt mit den Worten: ,,Gott schütze das Deutschen Vaterland“ zu beenden.

Wir vermissen ihren Einspruch, daß Gott in Deutschland (jetzige Definition Deutschland: In den Grenzen von 1937, weil 1938 Neu Schwabenland mit dazu gehörte) nicht angerufen werden darf, zum Schutz des Vaterlandes und Erhalt der wahren christlichen Werte.

Die Verwaltung des BUNDes hat jetzt ausgehend vom Wahlprogramm der CHRISTLICH demokratischen Partei, die Doktrin ins Regierungsprogramm übernommen, Seite 63, daß humanitäre Hilfe durch Umsiedlung und Umzug erfolgen soll. Natürlich sind diese Worte im Programm in Englisch geschrieben, um sie zu verschleiern.

Die Statistik der Notleidenden auf dieser Welt, geschuldet dem nicht durch Friedensvertrag beendeten 1.und 2. Weltkrieg, zeigt deutlich daß es mindestens der Hälfte der Weltbevölkerung, schlechter geht als den Deutschen. Auf Grund der Weigerung des genannten Vereins, einer Obergrenze der Zuwanderung zuzustimmen, ist ersichtlich, daß der Verein CDU beabsichtigt, die Hälfte der Weltbevölkerung hier in Deutschland anzusiedeln. Keiner der angeblichen Volksvertreter hat diesem Irrsinn widersprochen. Auch Sie schweigen und stimmen demzufolge nachweislich zu.

Wir vermissen Ihr lautstarkes Veto gegen den geplanten Genozid der deutschen Völker.

Deutschland ist der zweitgrößte Kriegswaffenproduzent und sorgt für Nachschub in den Krisengebieten dieser Welt. Damit werden die Flüchtlinge für Europa mobilisiert.

Die Deutschen haben darauf keinen Einfluß und bedürfen nachweislich nicht nur der mentalen Hilfe.

Wir vermissen Ihren tatkräftigen Einsatz für einen Weltfriedensvertrag und Völkerverständigung.

Unter dem Aspekt, daß die Verwaltung nachweislich der Schuldenuhr Deutschland mindestens 2 Billionen Euro Schulden hat, demzufolge insolvent ist, weil keine Absicht der Rückzahlung erkennbar ist, würde der weitere Zuzug von nachweislich Hilfebedürftigen, den totalen Exodus für die deutschen Völker und der Nachbarländer bedeuten oder und letztlich bürgerkriegsähnliche Zustände hervorrufen. Die reine Bilanzierung, Schulden gegen Humankapital aufzurechnen zeigt das wahre verabscheuungswürdige Gesicht der Verwaltung. Die Konzentration dieses Humankapitals in Deutschland mit Umsiedlung zu forcieren, widerspricht jeglicher durch UN Charta autorisierter geforderter Fürsorgepflicht gegenüber den Einwohnern.

Im Wissen um diese vorsätzlich der Ergebnisse, geplanten Ziele, wurde die Polizei nachweislich gegen jede Vernunft sukzessive reduziert, bis zur offenkundigen Handlungsunfähigkeit und die Bevölkerung wurde durch die Medien der Verwaltung aufgefordert Vorräte anzulegen. Die kriminelle Handlungen gegen die deutschen Völker und die in guten glauben an eine bessere Zukunft unter Vorspieglung falscher Tatsachen angelockten anderen Völkerscharen, sind durch diese Tatsachen verifiziert. Die Planung des Szenarios des mehrfachen Völkermordes, entsprechend der Handlungsdoktrin der Guidestones Georgia USA, „die Weltbevölkerung muß auf 500 Millionen reduziert werden“ ist offenkundig. Nicht eine Staatsregierung auf dieser Welt hat dagegen protestiert, was das Ausmaß dieser Verschwörung erkennen läßt.

Kreuzzüge, Hexenverbrennungen, Kriege, Not, Elend, Hungersnöte, sind alles geeignete Mittel die Weltbevölkerung zu dezimieren.

Wir vermissen Ihren Aufschrei gegen diese Gräueltaten.

Nachweislich steht die Welt derzeitig nicht nur unter Kriegsrecht, sondern auch unter Vertragsrecht. Der BUND, hat dokumentiert von den Siegermächten durch Vertrag das Recht, der Verwaltung der Deutschen und deren Territorium erhalten.

Dieser Vertrag und der angenommene heilige Auftrag wurden gebrochen. Verstoß gegen die UN Charta, hier der Art 73 Kapitel XII;
Mitglieder der Vereinten Nationen, welche die Verantwortung für die Verwaltung von Hoheitsgebieten haben oder übernehmen, deren Völker noch nicht die volle Selbstregierung erreicht haben, bekennen sich zu dem Grundsatz, daß die Interessen der Einwohner dieser Hoheitsgebiete Vorrang haben; sie übernehmen als heiligen Auftrag die Verpflichtung, im Rahmen des durch diese Charta errichteten Systems des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit das Wohl dieser Einwohner aufs äußerste zu fördern; zu diesem Zweck verpflichten sie sich,

a) den politischen, wirtschaftlichen, sozialen und erzieherischen Fortschritt, die gerechte Behandlung und den Schutz dieser Völker gegen Mißbräuche unter gebührender Achtung vor ihrer Kultur zu gewährleisten;

b) die Selbstregierung zu entwickeln, die politischen Bestrebungen dieser Völker gebührend zu berücksichtigen und sie bei der fortschreitenden Entwicklung ihrer freien politischen Einrichtungen zu unterstützen, und zwar je nach den besonderen Verhältnissen jedes Hoheitsgebiets, seiner Bevölkerung und deren jeweiliger Entwicklungsstufe;

c) den Weltfrieden und die internationale Sicherheit zu festigen;

Gott, welcher jedem Menschen durch den göttlichen Funken inne wohnt, ist unser Zeuge, daß die Verwaltungsangehörigen des BUNDes dieser Ihrer durch die Siegermächte auferlegten heiligen Aufgabe, als nachweisliche Verwaltung der deutschen Völker, mit Vorsatz nicht nachkommen.

Wir vermissen Ihr anprangern dieser Menschenrechtsverletzungen.

Unter dem Eindruck, daß sich die Deutschen auf ewig schuldig fühlen sollen, am 1. und 2. Weltkrieg, als nachgewiesene Faschisten keinen Friedensvertrag erhalten können, durch die Fremdverwaltung täglich finanziell geschoren werden und durch die Beseitigung ihrer Gesundheit, Heimat, Identität, Wissen, Bodenrechte, Menschenrechte, Verfassungsrechte mental und körperlich geschlachtet werden, drängt sich die Gewissens-Frage auf, denn Sie kennen diese Zusammenhänge, diese nachgewiesenen himmelschreienden Menschenrechtsverletzungen gegen die deutschen Völker. Wo bleibt der Aufschrei der Hirten, welche den Lämmern suggerieren, sie würden deren Wohl und Heil vertreten?

Wir erwarten Ihre uneingeschränkte Unterstützung zur Rettung der Welt und der Menschen, durch einen Weltfriedensvertrag und die damit verbundene Versöhnung der Völker.

Sie unterstützen derzeitig die Beseitigung der freiheitlich demokratischen Grundordnung durch Ihre nachweisliche dokumentierte Unterlassung. Sie sind schuldig, der in diesem Zusammenhang offenkundigen bandenmäßigen Kriminalität der 3 Gewalten, zum eigenen Vorteil und zum Schaden der deutschen Völker.

Durch dieses Schreiben ist Ihre und die Ihrer Angestellten grundgesetzlich geschützte Würde nicht angegriffen worden.

Es stellt auch keine Nötigung dar. Denn die Nötigung ging allein von Ihnen aus, zu Lasten der Menschen.

Durch den juristischen Grundsatz, wer nicht widerspricht, erkennt an, ist dieses Schreiben geeignet, das Licht der Erkenntnis und Wahrheit ins Dunkel zu bringen.

Das Recht für die Feststellung der oben genannten Tatsachen wird aus dem Art. 20 Abs. 4 des Grundgesetzes für die BRD gezogen.

Ihre Entehrung haben wir nicht zu vertreten.

Es obliegt Ihnen allein die Wiederherstellung Ihrer Ehre zu vollziehen und die Heilung einzuleiten.

Mit angemessenem Gruß

Die Nachfahren der Angehörigen

der ethnischen Minderheit

aus dem Volke der Preußen